

## Presseinformation

### **Koalitionsvertrag Sachsen – SPD und CDU gegen gängige Praxis starrer Abstände für Windräder zur Wohnbebauung**

Datum: 09.11.2014

Wie dem Koalitionsvertrag (vgl. Abs. Energie, S.43) der neuen sächsischen Regierung zu entnehmen ist, sprechen sich die Partner aus CDU und SPD gegen die bisherige Praxis der Regionalen Planungsverbände aus, wonach Windenergieanlagen (WEA) unabhängig von ihrer Gesamthöhe mit starren Mindestabständen zur nächstgelegenen Wohnbebauung zu errichten sind.

Stattdessen sollen künftig flexible Abstandsregelungen eingeführt werden.


Damit macht die Regierungskoalition den Weg frei, um die schon lange nicht mehr zeitgemäße Planungspraxis zu überwinden und endlich die von den Bürgern lange eingeforderte flexible Abstandsregelung einzuführen. Diese besagt, dass WEA zukünftig nicht wie bisher pauschal festgelegte Abstände von in der Regel: 750m zu Wohnbebauungen einhalten müssen, sondern dass die baulichen Dimensionen zu errichtender WEA künftig ausschlaggebend sein sollen, um notwendige Mindestabstände zum Schutz der Anwohner festzulegen. Zudem wollen die Koalitionspartner verstärkt das Wohl der Einwohner im Planungsprozess im Blick behalten.

Die von den Länderregierungen Sachsens und Bayerns 2013 eingebrachte Länderöffnungsklausel zur Beendigung der uneingeschränkten Privilegierung für WEA im Außenbereich, wurde von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag verankert. Auf dieser Grundlage ist es nun möglich, im Landesplanungsrecht so wie es von der sächsischen CDU und SPD im gemeinsamen Koalitionsvertrag angekündigt, eine flexible Abstandsregelung für WEA festzuschreiben.

Die sogenannte 10-H Regelung, wonach sich die einzuhaltenden Mindestabstände der Anlagen an ihrer baulichen Größe bemessen, entspricht dabei der Forderung von fast 8.500 Sachsen, die diese in Form einer Postkartenaktion an Ministerpräsident Tillich herangetragen haben.

Dass sich die CDU der Forderung ihrer Stammwählerschaft aus den ländlichen Räumen Sachsens nach flexiblen Mindestabständen, nicht verschließt und sich zusammen mit der SPD vertraglich darauf festgelegt hat, ist für tausende direkt betroffene Anwohner von Windkraftstandorten ein erfreuliches Ergebnis der Koalitionsverhandlungen in Sachsen.

Der Landesverband Sachsen des BLS. e.V. unterstützt den Vorstoß der neuen Landesregierung mit Nachdruck und bietet den zuständigen Gremien seine fachliche Unterstützung an.



Michael Eilenberger

Mitglied im Energiebeirat des Freistaates Sachsen

Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen des Bundesverbandes Landschaftsschutz e.V.